



Ostasien Aktuell

Working Paper No. 1

DIE REZEPTION DER DEUTSCHEN WIEDERVEREINIGUNG DURCH SÜDKOREANISCHE WISSENSCHAFTLER

UNSUK HAN

Society

Titel: Die Rezeption der deutschen Wiedervereinigung durch südkoreanische Wissenschaftler

Autor: Unsuk Han

Ostasien Aktuell Working Paper Series No. 1

Veröffentlichungsdatum: 01.2019

The publication of this working paper was supported by the Academy of Korean Studies Grant (AKS-2018-E02)

OAWP Series

Institut für Sinologie, Universität Heidelberg

„Ostasien Aktuell“ ist der Titel einer regelmäßigen Reihe von Vorträgen und Diskussionsrunden, die von der Abteilung Ostasien Aktuell am Institut für Sinologie der Universität Heidelberg organisiert werden. Die Reihe dient als Forum zur Diskussion innovativer Forschungsansätze und aktueller politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen in der chinesischsprachigen Welt, in Japan und Korea sowie zu den vielfältigen Austauschprozessen zwischen der Region und anderen Teilen der Welt.

Ziel der „Ostasien Aktuell Arbeitspapiere“ ist es, Ergebnisse der Vortragsreihe mit Interessierten zu teilen und eine Gelegenheit für den weiteren Austausch zu schaffen. Alle Aufsätze geben die Perspektiven der jeweiligen AutorInnen wieder, die die alleinige Verantwortung für die Korrektheit ihrer hier präsentierten Informationen und Forschungsergebnisse tragen. Das Institut für Sinologie übernimmt keine Haftung für die Inhalte und deren Nutzung. Alle Working Papers liegen im PDF-Format vor und können über die Website des Instituts kostenfrei heruntergeladen werden.

Editorial Board:

Prof. Dr. Anja Senz & Dr. Jaok Kwon-Hein
Heidelberg University, Institute of Chinese Studies
Voßstr. 2, 69115 Heidelberg

ISSN: 2627-9649

E-Mail: ostasien-aktuell@zo.uni-heidelberg.de

Download Link: <https://ostasien-aktuell.uni-heidelberg.de/index.php/oawp>

© by the author

Zusammenfassung

Der Aufsatz untersucht die Perspektiven, die von koreanischen Wissenschaftlern in den vergangenen drei Jahrzehnten auf den Prozess der deutschen Wiedervereinigung eingenommen wurden. Er zeigt dabei ein breites Spektrum verschiedener Meinungen über den Erfolg oder Misserfolg der deutschen Vereinigung unter den koreanischen Akademikern auf und beleuchtet zugleich die Folgen dieser positiven und negativen Einschätzungen für den Diskurs über eine mögliche Wiedervereinigung auf der koreanischen Halbinsel.

Abstract

The article analyses the perspectives that Korean scholars have taken on the process of German reunification over the past three decades. It presents a broad spectrum of different opinions on the success or failure of German unification among Korean academics, and at the same time sheds light on the consequences of these positive and negative assessments for the discourse on a possible reunification on the Korean peninsula.

Über den Autor

Prof. Dr. Han ist Leiter des Tuebingen Center for Korean Studies at Korea University. Er studierte Geschichte an der Korea University in Seoul und an der Universität Bielefeld und promovierte zum Thema „Nationalstaat und Nationalismus im Denken von Marx und Engels: Mit besonderer Berücksichtigung ihrer Haltung zur ‘deutschen Frage’ im Vormärz und während der Revolution von 1848/49“. Moderne und gegenwärtige Geschichte Europas und Geschichtsdidaktik waren die Schwerpunkte seiner Lehrtätigkeit an der Seoul National University (1996-1999) und an der Korea University (1996-2011). Zu seinem Forschungsgebiet gehört insbesondere die vergleichende Untersuchung zur Teilung Koreas, dem Kalten Krieg, der deutschen und koreanischen Vereinigung und der Geschichte der deutsch-koreanischen Beziehungen.

E-Mail: unsuk.han@aoi.uni-tuebingen.de

About the author

Prof. Dr. Han is head of the Tuebingen Center for Korean Studies at Korea University. He studied history at the Korea University in Seoul and the University of Bielefeld and received his doctorate on "The National State and Nationalism in the Thought of Marx and Engels: With Special Consideration of Their Attitude to the 'German Question' in the Vormärz and During the Revolution of 1848/49". His teaching activities at Seoul National University (1996-1999) and Korea University (1996-2011) focused on modern and contemporary European history and history didactics. His research interests include the comparative study of the division of Korea, the Cold War, German and Korean unification and the history of German-Korean relations.

E-mail: unsuk.han@aoi.uni-tuebingen.de

Die Rezeption der deutschen Wiedervereinigung durch südkoreanische Wissenschaftler

Inhalt

1.	Wahrnehmung und Einschätzung der politischen und rechtlichen Integration durch die Wissenschaftler.....	1
2.	Wahrnehmung der wirtschaftlichen Integration.....	3
3.	Wahrnehmung der soziokulturellen Integration.....	6
4.	Schlussbemerkungen.....	7
5.	Literatur.....	9

Die Rezeption der deutschen Wiedervereinigung durch südkoreanische Wissenschaftler¹

Als die Deutschen im Jahr 1990 voller Begeisterung die Wiedervereinigung erlebten, betrachteten die Menschen in Südkorea sie mit einem Gemisch aus Bewunderung und Neid. Die deutsche Einheit und der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in Europa hatten in ihnen die Hoffnung geweckt, dass so wie Deutschland auch Korea in naher Zukunft die Wiedervereinigung erreichen könnte.

Diese Sehnsucht führte dazu, dass die Südkoreaner den deutschen Wiedervereinigungsprozess bis heute mit großer Aufmerksamkeit verfolgen und kontinuierlich Untersuchungen dazu durchführen. Bis heute besuchen jedes Jahr auch zahlreiche koreanische Wissenschaftler und Experten, Politiker und Beamte Deutschland, um aus den Erfahrungen der Wiedervereinigung zu lernen.

Verschiedene anlässlich des 20. Jahrestags der deutschen Einheit veranstaltete wissenschaftliche Konferenzen beförderten jedoch eine kritische Diskussion über die Sicht der Koreaner auf die deutsche Wiedervereinigung. Kritisiert wurde dabei vor allem, dass die Debatte in Südkorea weniger die Realität der deutschen Wiedervereinigung widerspiegelte, sondern diese vielmehr je nach individueller Ansicht der einzelnen Akteure instrumentalisiert werde. Insbesondere "die übertriebene Darstellung der negativen Aspekte der deutschen Einheit in den koreanischen Medien [hat] schlussendlich dazu beigetragen [...], den Willen der Wiedervereinigung zu schwächen" (Hwang u.a. 2011:31). Nachfolgend werden verschiedene Positionen innerhalb der wissenschaftlichen Auseinandersetzung aus den letzten drei Jahrzehnten wiedergegeben.

1. Wahrnehmung und Einschätzung der politischen und rechtlichen Integration durch die Wissenschaftler

Viele Wissenschaftler interessierten sich für die Gründe, die die deutsche Wiedervereinigung ermöglichten. YANG Chang-sök (2011) führt sie auf mehrere Faktoren zurück wie "die starke magnetische Kraft des überlegenen westdeutschen Systems auf der Grundlage der wirtschaftlichen Macht", "die Politik der Westintegration der Bundesrepublik und die starke Unterstützung der USA", "die Besänftigung der Sorge der Sowjetunion um ihre Sicherheit", "die strategischen Entscheidungen

¹ In diesem Papier wurden alle koreanischen Begriffe nach dem McCune-Reischauer-Umschriftsystem romanisiert. Ausnahmen sind die Namen berühmter Persönlichkeiten, wie z.B. Kim Dae Jung.

und die außenpolitische Kompetenz der westdeutschen politischen Eliten“, „das Eintreten von Gorbatschow auf der politischen Bühne und der Wandel der Osteuropapolitik der Sowjetunion“ sowie „die konsequent ausgeführte pragmatische und effektvolle Politik der westdeutschen Regierung für Austausch und Kooperation mit der DDR“. Trotz der Kritik, dass der innerdeutsche Transfer 40 Jahre lang bei der Stabilisierung des DDR-Regimes geholfen habe, betont YANG, dass dieser die Abhängigkeit der DDR von der Bundesrepublik erhöhte und der große Wandel des Bewusstseins der DDR-Bürger durch die Erweiterung der zwischenmenschlichen Kontakte die Wiedervereinigung beförderte. Deshalb argumentiert er, dass wir uns für unsere Wiedervereinigung um die Intensivierung der innerkoreanischen Kontakte bemühen und die Herzen der Nordkoreaner gewinnen sollten.

Die Analysen koreanischer Wissenschaftler zur deutschen Wiedervereinigung betreffen nicht nur die Situation nach, sondern auch vor den Ereignissen von 1989 und 1990. Die teils unterschiedlichen Bewertungen stehen dabei oft in Abhängigkeit von den jeweiligen Wertevorstellungen der Forscher. Anhand der Betrachtung von Willy Brandts Ostpolitik durch koreanische Intellektuelle lassen sich die Unterschiede in den politischen Standpunkten gut illustrieren. Der Historiker AN Pyöng-chik (2009) ist der Meinung, dass die Neue Ostpolitik durch Zusammenarbeit und Unterstützung eher dazu beigetragen hat, das diktatorische Regime in der DDR zu stabilisieren und zu verlängern, und definiert sie als „Politik des Bewahrens“, die nicht die Veränderung Ostdeutschlands, sondern eine friedliche Koexistenz anstrebte. Die Sehnsucht der Ostdeutschen nach dem freiheitlichen Leben im Wohlstand, das die Westdeutschen genossen, habe im Prozess der deutschen Wiedervereinigung eine entscheidende Rolle gespielt. Die deutsche Einheit sei auf die Politik der Westintegration von Adenauer zurückzuführen, weil sie die Freiheit und den Wohlstand im Westen ermöglicht habe. Auch YÖM Don-jae (2012) ist der Ansicht, dass die westdeutsche Unterstützung Ostdeutschlands die dortige demokratische Revolution verzögert hat und dass die deutsche Einheit unmöglich geworden wäre, wenn die westdeutsche Regierung zum Zeitpunkt der Revolution in Ostdeutschland den sozialdemokratischen Kurs von Versöhnung und Kooperation verfolgt hätte. Stattdessen sei die „Politik der Stärke“ der CDU die Triebkraft zur deutschen Vereinigung gewesen.

Andere für ihre kritische politische Einstellung bekannte Autoren behaupteten dagegen, dass die Neue Ostpolitik, die auch als Vorbild für die von den Regierungen KIM Dae Jung und ROH Moo Hyun verfolgte Politik der Einbindung des Nordens (auch „Sonnenscheinpolitik“ genannt) diene, und der darauf basierende zwischenmenschliche und materielle Austausch eine wichtige Rolle bei der deutschen Wiedervereinigung gespielt haben. Ihrer Meinung nach besteht der Kern der Neuen Ostpolitik in der Strategie, durch Entspannung und Anerkennung des derzeitigen Zustands die gegenwärtige Situation

zu überwinden ("Wandel durch Annäherung"), das heißt zuerst Frieden und dann Wiedervereinigung anzustreben. Als eine Lehre für die koreanische Halbinsel leiten sie daraus mit Nachdruck die Notwendigkeit einer allmählichen, dialogbetonten Vereinigungsmethode ab. Als konkrete Strategie schlagen sie vor, zunächst eine Friedensordnung auf der koreanischen Halbinsel zu etablieren, um Nordkorea zu einer Politik der Öffnung und der Reformen zu bewegen, und auf dieser Grundlage den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Nord- und Südkorea schrittweise voranzubringen.

Koreanische Wissenschaftler machen darauf aufmerksam, dass Westdeutschland in der Bemühung um die europäische Integration eine zentrale Rolle spielte, sich um die Wiedervereinigung im Rahmen der europäischen Vereinigung bemühte und deshalb die Wiedervereinigung ohne großen Widerstand der Mitglieder der EU verwirklichen konnte. Ihre Forschungen gehen davon aus, dass die Gründung einer ostasiatischen Gemeinschaft eine für die koreanische Wiedervereinigung günstige Bedingung schaffen wird. In diesem Kontext machen koreanische Forscher auf die Schlussakte von Helsinki (1975) und die dadurch gestartete KSZE (die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) aufmerksam. Sie glauben, dass die Schlussakte von Helsinki die Möglichkeit der Wiedervereinigung eröffnete, indem sie das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes anerkannte.

Das Urteil koreanischer Rechtswissenschaftler über die rechtliche Vereinigung in Deutschland ist meistens sehr positiv. Viele andere Wissenschaftler haben den Weg der "Absorptionsvereinigung" durch den Paragraphen 23 des Grundgesetzes kritisiert. Aber der Juraprofessor CHÖN Gwang-sök (1994) verteidigt diesen Weg, weil er die schnelle Vereinigung, die die Ostdeutschen wollten, ermöglichte, das gut bewährte Grundgesetz erhalten konnte und die Möglichkeit der Verfassungsänderung offen ließ. Der Jurist HÖ Hyöng (1994) lobte besonders die Leistung des Verfassungsgerichts. Der Rechtswissenschaftler CHANG Myöng-bong (2000) hingegen kritisiert die deutsche Vereinigung durch Grundgesetz Paragraph 23 und plädiert für die Vereinigung Koreas durch eine Vereinbarung auf der Grundlage einer neuen Vereinigungsverfassung.

2. Wahrnehmung der wirtschaftlichen Integration

Im Rahmen der Forschung über die Prozesse der deutschen Wiedervereinigung versuchen koreanische Wissenschaftler ihre Lehren aus der deutschen Erfahrung für ihr eigenes Land zu ziehen. Während der Wirtschaftswissenschaftler AN Sök-kyo (1990), der Deutschland im Jahr der Wiedervereinigung besuchte, noch eine sehr optimistische Prognose in Bezug auf die Veränderungen der deutschen Wirtschaft gab, legte der Wirtschaftsprofessor AN Tu-sun (1992) bereits 2 Jahre später, zu einem

Zeitpunkt, da die Nachwehen der Wiedervereinigung zutage traten, den Fokus auf die negativen Folgeerscheinungen der deutschen Wiedervereinigungspolitik. Er ging der Frage nach, ob eine solche Politik für die koreanische Halbinsel angemessen ist, und entwarf eine politische Strategie, die im Falle einer Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel praktisch umgesetzt werden müsste.

Angesichts des Problems der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland infolge der Währungsunion schlug er als bessere Lösung für Korea vor allem eine schrittweise ökonomische Integration vor, bei der man nach der Vereinigung das Gebiet von Nordkorea wie eine Sonderwirtschaftszone getrennt verwaltet und konzentriert fördert, bis die Produktivität und das Volkseinkommen sich dem Niveau des Südens angenähert haben und danach ein vollständiger Zusammenschluss mit Südkorea erfolgen kann. Als Übergangsmaßnahme zur Verhinderung von Unternehmenszusammenbrüchen und Massenarbeitslosigkeit empfahl er, zwar die Reisefreiheit zwischen Nord- und Südkorea zu gewähren, gleichzeitig aber die "Niederlassungsfreiheit" und insbesondere die "Freiheit der Arbeitsplatzwahl" und die "Freiheit der unternehmerischen Tätigkeit" im jeweils anderen Gebiet zu regulieren und bis zu gewissem Grad zu beschränken.

Wirtschaftswissenschaftler wie AN Tu-sun (1992) befürworteten eine eher allmähliche Wiedervereinigungsmethode in Bezug auf wirtschaftliche Fragen. Sie kritisieren das Verkaufsgebaren der Treuhandanstalt im Zusammenhang mit der Privatisierung und präferieren als Alternativen zum Beispiel Belegschaftsaktienprogramme, die kostenlose Verteilung von Privatisierungszertifikaten oder ein Gutscheinsystem wie in Tschechien. In Bezug auf ungelöste Vermögensfragen wird empfohlen, vorrangig nach dem Prinzip "Entschädigung vor Rückgabe" zu verfahren, wobei auch Entschädigungen nur äußerst restriktiv erlaubt werden sollten. Zur Deckung des Finanzbedarfs werden unter anderem die Einbeziehung ausländischer Investoren, der Verkauf von Staatseigentum und die Kürzung der Verteidigungsausgaben vorgeschlagen. Zur Verhinderung von Massenarbeitslosigkeit und zur Sicherung der Arbeitsplätze seien Hilfen für die Unternehmen notwendig, wobei weniger zu Investitionshilfen, sondern eher zu Lohnkostensubventionen geraten wird. Falls im Sinne eines allmählichen Zusammenschlusses Nordkorea in eine Art Sonderwirtschaftszone umgewandelt würde, wäre es wichtig, die Bevölkerungsabwanderung zu unterbinden. Hierfür wird empfohlen, Beschäftigungs- und Einkommensgarantien sowie andere Sozialmaßnahmen für die nordkoreanischen Bürger an den Wohnsitz in Nordkorea zu koppeln.

Der Wissenschaftler, der die wirtschaftliche Integration am schärfsten kritisiert, ist LEE Hae-yöng (2000). Er erklärt den Misserfolg der deutschen Einheit in seinem Buch mit einem provokativen Titel "Deutschland ist nicht vereint" klipp und klar. "Die deutsche Vereinigung war ein Prozess der

doppelten Kolonialisierung, einmal der ostdeutschen Lebenswelt und gleichzeitig des sozialistischen Systems der DDR durch das westdeutsche kapitalistische System.“ Ihm zufolge ist die Wirtschaft der DDR, deren selbständige regionale Grundlage durch den Verkauf der volkseigenen Betriebe verloren ging, zu einer Filialwirtschaft der Bundesrepublik degradiert worden. Die multinationalen Konzerne (das transnationale Kapital) der Bundesrepublik seien der größte Nutznießer der deutschen Einheit geworden. Ihm zufolge ist das deutsche Modell der Weg, den Korea nicht gehen dürfe. Es sei nur insofern als Gegenbild von Nutzen, als es Korea die Falle, der es entgehen müsse, aufzeigt.

Im extremen Gegensatz zu LEE Hae-yöng (2000) vertritt PARK Kwang-jak (1999) die positivste Einschätzung der Politik der wirtschaftlichen Integration durch die damalige CDU-Regierung. Er lobt die Schocktherapie der Kohl-Regierung zur Sanierung der veralteten Industrieanlagen der DDR nachdrücklich. Er hebt die hervorragende Leistung der Treuhandanstalt bei der schnellen Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft, die in langfristiger Hinsicht die Basis des Wachstums gelegt habe, hervor. Er sieht keine Alternative für die schnelle Währungsunion und den radikalen Wandel des Eigentumssystems in Ostdeutschland, wie sie von der Kohl-Regierung durchgeführt wurde. Die Anwendung der radikalen Transformation und des Integrationsmodells wie in Deutschland sei demnach auch im koreanischen Fall höchst möglich.

Über die Privatisierungen durch die Treuhandanstalt herrscht ein negatives Urteil vor. Trotzdem behauptet der Rechtswissenschaftler SHIN U-ch'öl (2003), dass man mit Recht anerkennen sollte, dass die Treuhand zum Aufbau der Infrastruktur der ehemaligen DDR viel beigetragen hat. Er kritisiert außerdem die These der Kolonialisierung. Man könne die Transformation der DDR nicht als Kolonialisierung bezeichnen, wenn mehr als 60 % der Bevölkerung der neuen Bundesländer der deutschen Einheit positiv gegenüberstehen. Er kritisiert auch die Wissenschaftler, die wegen der Probleme der “Absorptionsvereinigung” für eine Vereinigung auf der Basis einer Vereinbarung plädieren. Ein ganz neutraler ‘Dritter Weg’ sei nur eine Illusion im Kopf der Wissenschaftler. Wenn die Vorherrschaft einer Seite nicht gesichert sei, wäre eine Vereinigung nicht zu erwarten, und so werde sich nur eine langwierige Situation des status quo fortsetzen. Ihm zufolge erscheint zwar die Wiedervereinigung als Form der Absorption, aber in diesem Prozess habe es durchaus Momente der Vereinbarung in mehreren Verträgen, wie dem Wiedervereinigungsvertrag und dem Zwei-plus-Vier-Vertrag oder auch in der Volkskammerwahl und der Bundestagswahl gegeben. Er geht davon aus, dass das Modell der deutschen Wiedervereinigung, obwohl es uns in vielerlei Hinsicht nicht gefällt, mutatis mutandis auch auf Korea anzuwenden ist.

Eins der rege diskutierten umstrittenen Themen sind die Kosten der Wiedervereinigung. Die Kosten der

koreanischen Wiedervereinigung in Analogie zu den deutschen Kosten werden sehr unterschiedlich je nach Forscher von 85 Milliarden Dollar bis auf 2,5 Billion Dollar geschätzt. Der Diskurs über die zu hohen Kosten der Vereinigung schürten die Ängste der koreanischen Bürger und Jugend und führten zum Desinteresse an der künftigen Vereinigung Koreas. Man vergisst aber dabei oft die Tatsache, dass die Kosten der Teilung eine enorme Belastung nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch die Politik, Gesellschaft und Kultur verursachten.

3. Wahrnehmung der soziokulturellen Integration

Der Soziologe CHÖN Söng-u diagnostizierte in einem Bericht zur deutschen Wiedervereinigung, der auf der Grundlage empirischer Untersuchungen unmittelbar nach 1990 erstellt wurde, vom sozialwissenschaftlichen Standpunkt aus die damaligen Problempunkte des Vereinigungsprozesses. Er hob hervor, dass dieser ohne ausreichende und systematische Berücksichtigung des Willens der ostdeutschen Bürger, unter einseitiger Führung Westdeutschlands und zu übereilt vollzogen wurde und damit die Gefahr in sich birgt, für Deutschland in Zukunft eine Vielzahl von Problemen auf nationaler und internationaler Ebene heraufzubeschwören. Nachfolgend kritisierte er scharf die "einseitige Methode der Einverleibung", bei der sich "die Logik und der Wille des Stärkeren" durchgesetzt hätten. Seiner Einschätzung nach befindet sich Südkorea nicht in einer solch "starken" Position wie Westdeutschland mit seiner sozialen Marktwirtschaft und ihrer starken Wirtschaftskraft. Südkorea sei nicht imstande, die enormen Kosten der Vereinigung allein zu tragen und die schwerwiegenden sozialpolitischen Probleme zu meistern. Er sieht die Dominanz der westdeutschen Eliten und die Blockierung des Weges zur selbständigen Reform durch die Ostdeutschen als ein ernsthaftes Problem, das ein Bewusstsein der "Kolonialisierung Ostdeutschlands" schaffe und dagegen eine trotzigste Identität der Ostdeutschen verstärke.

Auch der Politikwissenschaftler KIM Hak-söng (1992) thematisierte frühzeitig die negativen Folgeerscheinungen der deutschen Wiedervereinigung und das Problem der inneren Einheit. Als schwerwiegendste Auswirkung nannte er die ernsten wirtschaftlichen Probleme in Ostdeutschland, das heißt die Deindustrialisierung und die steigende Arbeitslosigkeit. Ihm zufolge war der Austausch der Führungskräfte gegen westdeutsche Eliten im Prozess der Umstrukturierung von Verwaltung, Justiz, Armee, Bildungswesen und Unternehmen in Ostdeutschland der Grund dafür, dass sich unter den Ostdeutschen ein sozialpsychologischer Minderwertigkeitskomplex ausbreitete. Zusammen mit dem Vordringen westdeutscher Produkte auf dem ostdeutschen Markt verstärkte sich so das Gefühl, eine Kolonie Westdeutschlands geworden zu sein. In Vorbereitung auf die Wiedervereinigung der

koreanischen Halbinsel müsse man seiner Ansicht nach durch "rationale, komplexe Untersuchungen auf allen Gebieten der Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, das heißt durch im Vergleich zu heute weitaus detailliertere und produktivere interdisziplinäre Forschungen" nach integrierten politischen Lösungen suchen, um negative Folgeerscheinungen einer Wiedervereinigung in Korea zu minimieren.

Auffällig an den intellektuellen Debatten zur deutschen Wiedervereinigung ist besonders die Tatsache, dass die vorwiegend kritisch eingestellten koreanischen Akademiker tendenziell den Standpunkt der deutschen Linken unterstützen, die die negativen Folgen der von der damaligen CDU-Regierung politisch übereilt durchgesetzten Einheit kritisieren. Von einem durchaus elitär zu bezeichnenden Standpunkt wirft ein Teil von ihnen allerdings auch der breiten Masse der ostdeutschen Bevölkerung vor, den Weg der Kolonialisierung durch Westdeutschland freiwillig gewählt zu haben. Der Germanist KIM Nuri (2006) sieht die negativen Erscheinungen als Folge der Ablehnung von Forderungen der linken Intellektuellen im Prozess der Wiedervereinigung. Das Ideal und die Träume der systemkritischen Intellektuellen scheiterten, seiner Meinung nach, nachdem sie auf die realen Begierde des ostdeutschen Volks, das nach dem Mauerfall durch die schnelle Wiedervereinigung wie die Westdeutschen im Wohlstand leben wollte, stießen. Demnach betrachtet er die Revolution in der DDR als "eine verratene Revolution".

4. Schlussbemerkungen

Die Vorstellungen von der deutschen Einheit, die sich im Verlaufe der Debatte in Südkorea gebildet haben, werden von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Dies sind vor allem die Situation in Deutschland zum Zeitpunkt der jeweiligen Kommentierung, die innenpolitischen Umstände in Südkorea, die Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea und die Lage in Nordostasien sowie die politisch-ideologische Einstellung der jeweiligen Experten. Unmittelbar nach der deutschen Wiedervereinigung beabsichtigte die südkoreanische Regierung in Vorbereitung auf einen Zusammenbruch Nordkoreas das deutsche Modell der "Absorptionsvereinigung" zur Anwendung zu bringen. Wie in Deutschland entbrannte auch in Südkorea ein hitziger Streit um das Für und Wider einer solchen Methode. Ihre Gegner waren der Überzeugung, dass aufgrund der Geschichte der festgefahrenen innerkoreanischen Beziehungen und der unterschiedlichen wirtschaftlichen Stärke dieses Modell für Korea nicht anwendbar sei. Die vor allem mit der ökonomischen Stagnation ab Mitte der 1990er Jahre immer stärker zutage tretenden negativen Folgeerscheinungen sowie der Regierungswechsel in Südkorea im Jahre 1998 führten dazu, dass diese kritische Meinung verstärkt die Debatte beherrschte. Das Interesse für Brandts Neue Ostpolitik, die als Untermauerung der

“Sonnenscheinpolitik” diene, und das Bild der deutschen Vereinigung als abschreckendes Beispiel konkurrierten mit der Ansicht der Konservativen vom Modell der erfolgreichen deutschen Einheit.

Auch wenn es in Bezug auf die soziale Integration und den “Aufbau Ost” noch viele Probleme zu lösen gibt, so ist der Wiedervereinigungsdiskurs in Deutschland mit Beginn des neuen Jahrtausends allmählich zu der realistischen Einsicht gelangt, dass dafür ein längerer Zeitraum erforderlich ist. Diese besonnenere Einschätzung der langfristigen Erfolge scheint auch bezüglich der Wahrnehmung in Südkorea gewisse Veränderungen mit sich zu bringen. Es entsteht der Eindruck, dass infolge der negativen Bewertungen der deutschen Vereinigung die Bürger das Interesse an der deutschen Wiedervereinigung verloren haben bzw. nicht mehr Willens sind, aus der deutschen Vereinigung ernsthafte Lehren zu ziehen. Auch die Tendenzwende in Südkorea hin zur Stärkung des Neuen Konservatismus, der durch die Neue Rechte vertreten wird, die Regierungsübernahme der konservativen Partei im Jahre 2008, die Eiszeit in den innerkoreanischen Beziehungen, die militärischen Konflikte im Gelben Meer und die Verschärfung der nordkoreanischen Nuklearkrise beeinflussen den Diskurs zur deutschen Wiedervereinigung in Südkorea.

Es ist allerdings bemerkenswert, dass ab der Regierungsübernahme von LEE Myung Bak 2008 bei den Konservativen Südkoreas eine deutliche Zunahme der positiven Einschätzung gegenüber der deutschen Einheit zu beobachten ist. Hier wuchsen die Hoffnungen auf eine Absorptionsvereinigung, und sie forderten daher – ihrer Interpretation der deutschen Geschichte folgend, wonach Brandts Neue Ostpolitik die Lebensdauer der DDR-Diktatur nur verlängert habe – eine Politik der Stärke gegenüber der von den Regierungen KIM Dae Jung und ROH Moo Hyun verfolgten Politik der Versöhnung mit und Annäherung an Nordkorea.

Das Bild von der deutschen Wiedervereinigung in Südkorea wird hier einmal mehr nicht von logischen Schlussfolgerungen empirischer Untersuchungen geprägt, sondern vielmehr vom Diskurs der konkurrierenden politischen Lager. Nichtsdestoweniger wird und soll auch künftig die Diskussion über die deutsche Vereinigung fortgeführt werden, da sie von der südkoreanischen Warte aus gesehen das einzig existierende Modell für eine Wiedervereinigung Koreas darstellt. Das heißt nicht, dass es um die Suche nach einer Art Universalschlüssel ginge und man einfach nur die deutsche Erfahrung auf Korea übertragen könnte. Der Fall Deutschland kann jedoch insofern hilfreich sein, als dass Fähigkeiten und eine gewisse Sensibilität ausgebildet werden, die nützlich sind, um dieser Situation, die so unvorhersehbar ist, gewissenhaft und zugleich flexibel zu begegnen. Um eine solche Flexibilität auszubilden, ist eine historische Perspektive, die Strukturveränderungen langfristig betrachtet und auch andere Regimewechsel in Osteuropa miteinbezieht, nötig. Dazu gehört auch, dass man sich in

Korea selbstkritisch damit auseinandersetzt, wie bisher die eigene Debatte über die deutsche Wiedervereinigung verlaufen ist und wie dies Einfluss auf das Denken und Verständnis einer koreanischen Wiedervereinigung genommen hat.

Die Kerzenrevolution im Frühjahr 2017 und der Regierungswechsel, der darauffolgende radikale Kurswechsel der MUN Jae-in Regierung zur Annäherung an Nordkorea und zur Friedenssicherung als allererste politische Zielsetzung werden sicherlich auf die Forschung über die deutsche Frage und die deutsche Einheit einen großen Einfluss nehmen. Ich habe noch nicht im Detail die Hunderte von Artikeln, die in letzten 2 Jahren zur deutschen Einheit erschienen sind, analysieren können; die hohe Anzahl zeigt, dass die Forschungen über die innerdeutsche Beziehung sich zukünftig vertiefen wird, weil jetzt ein viel längeres friedliches Miteinander zwischen beiden Teilen Koreas erwartet wird.

Auch 30 Jahre nach der deutschen Einheit ist das Wissen der Koreaner darüber sehr mangelhaft. Dies ist in erster Linie auf das Fehlen einer systematischen und dauerhaften Kooperation zwischen Wissenschaft und Politik zurückzuführen. Es gab auf Regierungsebene keine langfristige Roadmap zur Förderung von Forschungsprojekten zur deutschen Wiedervereinigung. Deutsch-koreanische Konsultationen und eine Zusammenarbeit, um deutsche Erfahrungen zu vermitteln, wurden nur sporadisch durchgeführt. Bisher hat man sich leider primär für kurzfristig anzuwendende politische Maßnahmen, nicht aber für die Grundlagenforschung interessiert, die eine langfristige historische Perspektive einnimmt.

5. Literatur

An Pyŏng-chik (2009): „Tongil Yŏnbang Gonghwaguk 60nyŏn Yŏksajŏk Gaegwan“ (Ein historischer Überblick auf 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland), in: Sim Ilsŏp/ M.Chimaeck (Hg.), *Tongil Yŏnbang Gonghwaguk 60nyŏn: 1949-2009. Pundan Gukga esŏ Minju T'ongil Gukga ro* (60 Jahre Bundesrepublik Deutschland: 1949-2009. Vom geteilten Staat zum demokratischen wiedervereinigten Staat), Seoul: Verlag Orŭm.

An Sŏk-kyo (1990): „Kyongjejŏk Cheukmyŏn (Wirtschaftliche Perspektive)“, in: Yŏn Hapt'ongsin (Hg.), *Tongil T'ongil esŏ Muŏseul Baeul Gŏinga* (Was kann man aus der Wiedervereinigung Deutschlands lernen?), Seoul: Yŏn Hapt'ongsin.

An Tu-sun (1992): *Hanbando T'ongil gwa Kyŏngje T'onghap*: (Die Vereinigung der koreanischen Halbinsel und die wirtschaftliche Integration), Seoul: han'gukkyŏngjeshinmunsa.

Chang Myŏng-bong (2000): *Pundan Gukka eui T'ongil gwa Hŏnbŏp* (Die Wiedervereinigung der geteilten Staaten mit Verfassung), Seoul: kungmindaehakkyoch'ulp'anbu.

- Chŏn Gwang-sŏk (1994): „Tongsŏdok Tongil eui Bangbŏbron e daehan Hŏnbŏb Noneui“ (Verfassungsdiskurs über Methodik der deutschen Wiedervereinigung), in: Hyoung Hŏ (Hg.), *Tongil Tongil eui Bopjŏk Jomyong* (Die rechtliche Betrachtung über die deutsche Wiedervereinigung), Seoul: Parkyoungsa.
- Han Un-sŏk (2003): *Hana ŭi Minjok, Tugae ŭi Kwagŏ: 20 Segi T'ongil Minjok kwa T'ongil Munje* (Eine Nation zwei Vergangenheiten: Die deutsche Nation im 20. Jahrhundert und die Frage der Wiedervereinigung), Seoul: Shinsŏwŏn.
- Han, Unsuk & Lee, Bongki (2015): „Wahrnehmung und Einschätzung der deutschen Wiedervereinigung in Südkorea“, in: Lee, Eun-Jeung & Mosler, Hannes B. (Hrsg.), *Länderbericht Korea*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 639-651.
- Hŏ Hyŏng (Hrsg.) (1994): *Togil Tongil eui Pŏbjŏk Chomyŏng* (Die rechtswissenschaftliche Betrachtung der deutschen Wiedervereinigung), Seoul: Pakyŏngsa.
- Hwang Byŏng-dŏk u.a. (Hrsg.) (2011): *Togil ŭi P'yŏnghwa T'ongil gwa T'ongil Togil 20nyŏn Palchŏnsang* (Die deutsche friedliche Wiedervereinigung und die zwanzigjährige Entwicklung des wiedervereinigten Deutschlands), Seoul: nŭlp'ump'ŭllŏsŭ.
- Kim Hak-sŏng (1992): „Togil ŭi T'ongil Huyujŏng gwa Naejŏk T'onghab ŭi Chemunje“ (Die negativen Auswirkungen der deutschen Wiedervereinigung und Probleme der inneren Integration), *Tongil Munje Yŏngu*, 4(3): 210-238.
- Kim Nuri (Hrsg.) (2006): *Mŏrit Sog ŭi Changbyŏk: T'ongil Ihu Tongsŏdok Sahoe Munhwa Kaltŭng* (Mauer im Kopf: Die soziokulturellen Konflikte zwischen Ost- und Westdeutschland nach der Wiedervereinigung), Seoul: Hanul Ak'ademi.
- Lee Hae-yŏng (2000): *Togil ŭn T'ongil Toeji anatta* (Deutschland ist nicht vereinigt), Seoul: P'urŭnsup.
- Park Kwang-jak (1999): „Togil ŭi Kŭpchin T'ongham Mohyŏng ŭi Nambuk'an T'onghab eŭi Cŏkyong yuyongsŏng“ (Die Nützlichkeit der Anwendung des Modells der deutschen radikalen Integration auf Nord- und Südkorea), *Pigyo Kyŏngje Yŏn'gu*, 7(1): 341-388.
- Shin U-ch'ŏl (2003): *Togil T'ongil 10nyŏn, Kŭ Piyong gwa Suig ŭi Ch'ongch'ejŏk P'yŏngga* (10 Jahre deutsche Einheit. Einschätzung von Gesamtkosten und -nutzen), *T'ongil Munje Yŏn'gu*, 40: 247-271.
- Yang Chang-sŏk (2011): *Brandenburg Pimangrok: Togiltongil juyŏkdeuleui jeungŏn* (Brandenburger Memorandum: Die Aussagen der Hauptfiguren der deutschen Einheit), Seoul: nŭlp'ump'ŭllŏsŭ.
- Yŏm Don-jae (2012): „Togil T'ongil ŭi Kyohun gwa Hanbando T'ongil“ (Die Lehre der deutschen Wiedervereinigung), *Han'guk Pohun Nonch'ong*, 11(2): 134-136.